

CDU fordert Konsequenzen für die Finanzverwaltung der Stadt Nidderau (28.01.2017)



Die CDU-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung beantragte einen Akteneinsichtsausschuss, in dem die Unterlagen im Zusammenhang mit der unvermuteten Kassenprüfung im Dezember 2015 eingesehen werden konnten. Eine Forderung nach einem Akteneinsichtsausschuss ist die letzte Möglichkeit der Stadtverordneten die Unterlagen einzusehen, nachdem der mehrheitlich rot/grün geführte Magistrat ausführliche Informationen zu der Kassenprüfung über mehr als ein Jahr verweigerte.

Am 1. und 2. Dezember 2015 fand die unvermutete Kassenprüfung statt. Solch eine Kassenprüfung wird durch das Amt für Prüfung und Revision (APR) mehr oder weniger jedes Jahr unangekündigt durchgeführt.

In der Regel stellt das APR kleinere Abweichungen in den Abläufen und Dokumenten fest, die sich meist kurzfristig korrigieren bzw. ändern lassen. Im Dezember 2015 wurden aber Überschreitungen des Höchstbetrags der Kassenkredite festgestellt. Dies sind eklatante Verstöße gegen die Haushaltssatzung und stellen einen Rechtsverstoß dar.

Die Haushaltssatzung hatte den Höchstbetrag der Kassenkredite auf 29 Millionen Euro festgesetzt. Zu Beginn des Jahres 2015 hatte die Stadt Nidderau ihre Konten mit 20 Millionen Euro überzogen und im Laufe des Jahres erhöhten sich die Kontoüberziehungen dann zweimal auf mehr als 29 Millionen Euro - und das bei Erträgen von 29,7 Millionen in 2015. Die Konten der Stadt Nidderau waren also soweit ins Soll gerutscht, wie die Erträge des gesamten Jahres.

Der von der CDU geforderte Akteneinsichtsausschuss hat weiterhin festgestellt, dass Ende Dezember 2015 das Kassenkreditvolumen 29,5 Millionen Euro erreichte und somit das satzungsgemäße Limit wiederholt überschritten wurde.

In 2015 wurde eine Haushaltssperre erlassen, d. h. es bedarf der Einwilligung des Magistrats, dessen Sprecher der Bürgermeister ist, ob Verpflichtungen eingegangen oder Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden. Mit dieser Haushaltssperre sollten der Haushaltsausgleich und die Liquidität der Stadt sichergestellt werden. Wie es dann zu solchen extrem negativen Entwicklungen der Kassenstände kam, ohne dass der Magistrat davon wusste und die Stadtverordneten informiert wurden, ist nicht nachzuvollziehen. Das Controlling und Finanzmanagement der Stadt Nidderau, so es existiert, hat hoffnungslos versagt.

Ziel muss es sein, das Finanzmanagement und Controlling der Stadt Nidderau zu verbessern und zu nutzen. Die Stadt Nidderau arbeitet mit ekom21 – KGRZ Hessen als kommunales IT-Dienstleistungsunternehmen zusammen, das u. a. Planungs-, Analyse- und Steuerungssysteme für die öffentliche Verwaltung anbietet. Da Herr Schultheiß Vorstandsvorsitzender der ekom21 ist, sollten eine schnelle Bedarfsanalyse und eine kurzfristige Einführung geeigneter Software-Unterstützung problemlos möglich sein.

Die Berichterstattung an die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit hat zeitnah, informativ und regelmäßig zu erfolgen, um finanzielle Fehlentwicklungen zum Schaden der Stadt Nidderau und deren Bürger zu verhindern.

Quelle: <http://www.cdu-nidderau.de/inhalte/2/aktuelles/159135/cdu-fordert-konsequenzen-fuer-die-finanzverwaltung-der-stadt-nidderau/index.html>
Druckdatum: 04.12.2017 13:04